



Oberschleißheim

SPD Oberschleißheim · c/o Hein-Neufeld-Str. 6 · 85764 Oberschleißheim

**Der Ortsvorsitzende**  
**Andreas C. Hofmann**

Hein-Neufeld-Str. 6  
85764 Oberschleißheim  
+49 (0)176 800 66 44 6

An die Vertreter der Presse  
gemäß Verteiler

27. April 2015

## **Eine ‚Straßenausbaubeitragssatzung‘ in Oberschleißheim? Bezahlen den Bürgerinnen und Bürger zukünftig die öffentliche Infrastruktur?**

*Bericht über die öffentliche Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 23. April 2015, 20 Uhr  
im Konferenzraum des Bürgerzentrums*

Kosten im vier- oder fünfstelligen Bereich für Straßensanierungen will die SPD nicht von den Grundstückseigentümern verlangen. "Nein!" ist die Antwort auf die Frage nach Straßenausbaubeiträgen, die die SPD Oberschleißheim am Donnerstag, den 23. April den etwa 20 Gästen ihrer Vortragsveranstaltung gerne gegeben hätte. ‚Straßenausbaubeitragssatzungen‘ — dieses Wortungetüm hat es in sich: Denn ihre Einführung würde bewirken, dass die jeweils anliegenden Grundstückseigentümer fortan mit bis zu 80% für den Ausbau einer Gemeindestraße zur Kasse gebeten würden. Dadurch kommen schnell die genannten vier- oder fünfstelligen Beträge zusammen.

Fraktionsvorsitzender Florian Spirkel erläuterte, dass das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde der Gemeinden seit kurzem die Auffassung vertritt, dass Schulden erst aufgenommen werden dürften, wenn die anderen Einnahmequellen ausgeschöpft seien. Auch in der Finanzplanung der nächsten Jahre dürfen keine Schulden vorgesehen sein. In den letzten Jahren hatte die Gemeinde in der Finanzplanung häufiger eine Schuldenaufnahme vorgesehen, die zwischen 1997 und 2014 durch solide Haushaltsführung aber nie notwendig wurde. Die SPD Oberschleißheim fordert, dass der Haushalt in Zukunft so aufgestellt wird, dass Straßenausbaubeiträge obsolet sind.

Was würde die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung für Oberschleißheim bedeuten? Je frequenter eine Straße ist, desto geringer wäre der Anteil, der auf die Anlieger umgelegt würde. Die Anwohner einer Durchgangsstraße wie der Mittenheimerstraße würden weniger zur Kasse gebeten als die Anwohner einer Zugangsstraße wie der Ringstraße. Für den Margarethenanger berechnete Spirkel beispielsweise, dass der Beitrag je nach Aufwand der Sanierung in der Größenordnung zwischen 6.000 und 12.000 € für die Einfamilienhäuser läge.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stellte Ortsvorsitzender Andreas C. Hofmann die Petition des Verbandes Wohneigentum Bayern e.V. „Straßen saniert — Bürger ruiniert!?“ vor. Sie tritt ein für 1. eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge; 2. ein Verbot der Deklaration von Infrastrukturmaßnahmen für bereits inoffiziell erschlossene Gebiete als für Anlieger teurere (fiktive) Ersterschließung sowie 3. die Verpflichtung der Gemeinden auf ein nachhaltiges Straßenbaumanagement. Die Petition kann noch bis 13. Mai 2015 gezeichnet werden unter <http://bit.ly/petition-strassenausbau>.

Die SPD Oberschleißheim fordert das Landratsamt auf, seine gegenwärtige Rechtsauffassung fallen zu lassen und den Erlass von Straßenausbaubeitragssatzungen nicht weiter zu forcieren. Darüber hinaus soll der Bayerische Landtag wie in der Petition gefordert die entsprechenden Rechtsgrundlagen aufheben. Bürgermeister Kuchlbauer ist aufgerufen, sich weiterhin beim Landratsamt dafür einzusetzen, dass eine Straßenausbaubeitragssatzung nicht erlassen werden muss. Die Öffentlichkeit sollte über die Verhandlungsfortschritte regelmäßig informiert werden.